

Herrn
Vizekanzler
BM Mag. Werner KOGLER
Bundesministerium für Kunst, Kultur,
öffentlichen Dienst und Sport
Radetzkystraße 2
1030 Wien

Unser Zeichen:
Zl. 13.773/2021/Dr. Schn

Datum:
Wien, 6. September 2021

Betreff: Gehaltsabkommen für 2022

Sehr geehrter Herr Vizekanzler!

Österreich ist bisher sehr gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Die Wirtschaft hat deutlich an Fahrt aufgenommen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist mittlerweile vollständig geimpft. Trotzdem sind die Herausforderungen für alle Berufsgruppen im Öffentlichen Dienst auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene nach wie vor enorm. Die wachsenden Aufgaben und die Pensionierungswelle führen in allen Bereichen zu immer schwierigeren Arbeitsbedingungen. Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten nun schon seit Beginn der Pandemie unter großem Druck, zeigen höchste Einsatzbereitschaft und tragen wesentlich zur Bewältigung der Krise bei. Vielfach sind Belastungsgrenzen erreicht bzw. bereits überschritten, und die vierte Infektionswelle gewinnt schon wieder deutlich an Dynamik.

Ohne das große Engagement aller Kolleginnen und Kollegen wäre die hohe Funktionalität aller staatlichen Einrichtungen, insbesondere Justiz, öffentliche Verwaltung, innere und äußere Sicherheit, Bildung und Gesundheit sowie alle Bereiche der Daseinsvorsorge nicht aufrecht zu erhalten gewesen. Die qualitätsvollen Leistungen aller Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst in Österreich, die mit großem Verantwortungsbewusstsein und absoluter Gesetzestreue erbracht werden, sind ein bedeutender Standortvorteil im internationalen Wettbewerb.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte und Zulagen, damit eine dauerhafte Kaufkraftsteigerung für alle öffentlich Bediensteten sichergestellt wird.

Neben den außer Streit zu stellenden Erkenntnissen der Wirtschaftsforschungsinstitute bezüglich Inflationsrate und Wirtschaftswachstum sollen auch die schwierigen Arbeitsbedingungen, die besonderen Belastungen und der große Einsatz aller öffentlich Bediensteten Basis für die Verhandlungen sein.

Es wird ersucht, zu den Verhandlungen die Vertreter/innen der Länder, des Städte- und Gemeindebundes sowie seitens der Arbeitnehmer/innen auch die Gewerkschaft Younion einzuladen.

Mit 31. Dezember 2021 läuft das aktuelle Gehaltsabkommen für alle öffentlich Bediensteten aus.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ersucht um zeitgerechte Aufnahme von Gehaltsverhandlungen, damit das zu erzielende Abkommen mit 1. Jänner 2022 in Kraft treten kann.

Mit besten Grüßen



Dr. Norbert Schnedl
Vorsitzender

Ergeht in Kopie an:

Herrn Bundeskanzler Sebastian KURZ

Ergeht in Gleichschrift an:

Herrn Bundesminister Mag. Gernot BLÜMEL, MBA